

nun in der That, daß es sich um die Frage dreht, ob der Normaletat eine Berücksichtigung für die dem Ministerium des Innern überwiesenen Geschäfte enthalte. Aus dem Geschäftsumfange, welchen das Ministerium des Innern jetzt hat, wird sich schon ergeben, daß in der That nur möglich gewesen ist, mit den größten Anstrengungen die ihm übertragenen Angelegenheiten zu betreiben. Ging man von der Ansicht aus, daß man die Summe für jene Geschäfte angemessen und erforderlich erkannt hat, so scheint mir auch, daß man damit die Summe anerkannt habe, die den Bedürfnissen in dem Normaletat entspricht.

Abg. Secr. Bergmann: Ich glaube, daß im Procololl nichts enthalten sei, was dem widerspreche. Mein Antrag geht dahin, daß die Positionen zusammengezogen und von diesem Gesamtpostulat, also von den 35,800 Thln. die Summe von 5452 Thln. verkürzt werde.

Dieser Antrag erhält nun auf gestellte Frage zahlreiche Unterstützung.

Abg. Roux trägt darauf an, daß über die Präjudicialfrage zuerst abgestimmt werde, da diese Frage sehr wichtig sei.

Vicepräsident und Abg. Atenstädt erklären sich dagegen, und Letzterer äußert: Ich halte kaum denkbar, daß wir über eine solche Frage abstimmen können; denn angenommen, es wäre vorausgesetzt worden, daß keine Bewilligung damals verlangt worden wäre, und die Unterlagen nur dazu gedient hätten, um die Frage genau ins Auge zu fassen, und gesetzt, die Kammer hätte sich für Bewilligung dieser Summe entschieden, so ist die Frage noch immer, ob wir eben diese Summe noch geben wollen, ob die 23,100 Thlr. nöthig sind. Nun wenn ich die Frage so stelle, so fällt sie immer damit zusammen, ob wir die 30,348 Thlr. bewilligen wollen, und es handelt sich jetzt um die Frage, ob wir glauben, daß die 23,100 Thlr. bei der 22. Position nothwendig sind.

Abg. Nunde: Vielleicht würden alle diese Schwierigkeiten sich am leichtesten beseitigen, wenn einer der anwesenden Hrn. Staatsminister im Namen der Regierung die Erklärung abgeben wollte, daß der Ueberschlag der Kosten, welcher gewissermaßen dem damaligen Plane nur zur Beruhigung wegen eines besorgten Mehraufwandes beigelegt war, nicht dazu dienen sollte, vor dem Budget eine Bewilligung von der Kammer zu anticipiren.

Staatsminister v. Lindenu: Die Regierung hat kein Bedenken, zu erklären, daß die Frage über die gesammte Bewilligung jetzt zu verhandeln sei.

Vicepräsident: Also damit wäre die Sache abgethan, und es würde nun auf den Antrag des Abg. von Mayer zurückzugehen sein.

Abg. v. Mayer: Dadurch hat sich auch mein Antrag für den Augenblick beseitigt und ich würde erst bei der 26sten Position wieder darauf zurück kommen.

Staatsminister von Lindenu: Ich möchte darauf antragen, da dieser Antrag ganz connex mit dem vorliegenden Ge-

genstande über den Etat des Ministerium des Innern ist, diese Frage sogleich mit zu discutiren.

Damit erklärt man sich einverstanden.

Staatsminister v. Lindenu: Die Frage ist zu wichtig, als daß ich der geehrten Kammer nicht einige Bemerkungen zu ihrem Ermessen anheim stellen sollte. Der Herr Abg. von Mayer behauptet, die 5452 Thlr. könnten durch die 3000 Thlr. Dispositionsquantum und die 3500 Thlr. Ueberschuß gedeckt werden. Was die Dispositionsquanta anlangt, so kann ich versichern, daß diese durch den Canzleiaufwand, die Lohnschreiber und Gratifikationen bis auf einer Summe von 26 bis 27000 Thlr. absorbiert werden. Dieses wird später auch dargelegt werden. Von der 2ten Summen, den 3500 Thln., kann jetzt gar nichts verwendet werden, weil diese vollständig von den gegen den Normaletat vorhandenen Gehalten absorbiert werden. Es fragt sich übrigens überhaupt, ob eine Vergrößerung des Dienstpersonals bei dem Ministerium des Innern nothwendig sei. Ich habe mich bereits darüber erklärt, und erlaube mir noch Einiges hinzuzufügen. Bis jetzt sind die meisten Gesekentwürfe bei der Landesdirection bearbeitet worden, dieses fällt jetzt weg; das Ministerium des Innern muß nun Materialien für die Gesekentwürfe sammeln, und es geschieht dieses nur einzig und allein noch bei dem Ministerium; eben so sind dem eine Menge wichtige städtische Angelegenheiten vorliegend, welche noch nicht so geordnet sind, wie sie sein sollen. Diese wurden bisher ebenfalls von der Landesdirection besorgt, und werden jetzt an das Ministerium des Innern übergehen, wo auch die endliche Entscheidung über dergleichen Angelegenheiten erfolgt. Die Localstatuten werden gleichfalls noch eine große Arbeit erfordern, die bis jetzt im ganzen Lande nicht mehr als 2 bis 3 fertig sind; sie müssen bei dem Ministerium des Innern revidirt und durchgegangen werden. Ferner geht das Armenwesen einer Organisation entgegen; es wurden deshalb neue Geseze gewünscht, und eben so ist es mit dem Gewerwesen. Dann bemerke ich, daß die Organisationsgeschäfte täglich zunehmen, besonders wenn der Landtag zu Ende ist, und es kommen in diesem Betracht noch viele schwierige Fragen zur Erörterung. Es werden deshalb bestimmt in einer Woche mehrere Sitzungen in Betreff eines Gegenstandes stattfinden müssen, nämlich in Bezug auf die Administrativjustiz, und es kann nicht fehlen, daß gerade dieser Gegenstand, besonders unter dem Ministerium des Innern zur Sprache kommen wird, und in collegialischen Sitzungen wird berathen werden müssen. Alle diese Gegenstände werden den Geschäftsumfang des Ministeriums des Innern bei weitem vermehren. Davon, daß dieser schon jetzt sehr groß ist, kann ich am besten sprechen, ich bin unparteiisch bei dieser Sache; ich habe diese Stelle aufgegeben und zwar aus guten Gründen, weil ich diesen Geschäften nicht mehr gewachsen bin, und ich gebe der Kammer zu bedenken, daß, wenn die erforderlichen Mittel nicht gewährt und die Männer mit Geschäften überhäuft werden, die Arbeit nachlässig und mangelhaft betrieben wird; denn selbst der fleißige Mann, wenn er sieht, daß er mit der Zeit nicht ausreicht, läßt den Muth sinken.

(Beschluß folgt.)